

## Deutschland.

**Berlin, 25. Juli.** Nachdem die Waffenruhe begonnen, können sich die Verhandlungen, welche seitdem im königlichen Hauptquartier geführt worden, sichtlich nur auf den nach Ablauf der Waffenruhe in Aussicht genommenen Waffenstillstand beziehen, der sämtlichen kriegsführenden Theile umfassen und mit dessen Eintritt die eigentlichen Friedensverhandlungen zu beginnen haben würden. — Mit einer die Grenzen des Anstandes überschreitenden Inblikation hat die österreichische Presse einen aufgefangenen Privatbrief des Generals v. Blumenthal (Chef des Generalstabes der 2. Armee) veröffentlicht. Das Wesentliche, was aus dem Briefe hervorgeht ist, daß sowohl der Chef des großen Generalstabes v. Moltke, als General v. Blumenthal jeder an seiner Stelle und für den ihn angewiesenen Kreis gewirkt hat, was ihm oblag. General v. Moltke hat vornehmlich Pläne entworfen, ohne dabei die Praktiker bei der Details-Ausführung im mindesten zu beeinträchtigen, und unter den Letzteren ist es wieder General v. Blumenthal, dem ein Hauptverdienst entschieden gebührt. Es ist bekannt, daß das rechtzeitige Eingreifen der 2. Armee in den Kampf von Sabowa das entscheidende Moment bildete — dies war die unter wesentlicher Mitwirkung des Generals v. Blumenthal ins Werk gesetzte pünktliche und energische Ausführung des durch General v. Moltke entworfenen Planes.

Was unsere Verbindungswege mit dem Kriegsschauplatz betrifft, so ist die Verbindung bis Lundenberg über Prag vollständig hergestellt, dagegen ist die über Dierberg noch nicht wieder eröffnet. Zwischen hier und Frankfurt sind die Bahnen in wieder vollständigem und regelmäßigem Betriebe, mit Herstellung der Bahn vollständigem und regelmäßigem Betriebe, mit Herstellung der Bahn zwischen Frankfurt und Darmstadt hofft man ebenfalls bald fertig zu sein. Die rechtsrheinische Bahn ist bis Castell (gradeüber Mainz) hergestellt, kann aber über diesen Ort hinaus noch nicht benutzt werden, wogegen das Trajellschiff bei Rübeseheim wieder in voller Thätigkeit ist. Die telegraphische Verbindung ist leider noch sehr unvollkommen und vielfachen Störungen unterworfen. Von hier ist dieselbe nur bis Prag, darüber hinaus aber noch gar nicht im Gange. — Die „Prov.-C.“ bringt heute unter Anderem statistische Angaben über die Zahl der innerhalb des preussischen Staates für Reichswahlzwecke nicht unbedingt geboten ist, für das Wahlergebnis aber sicherlich nicht förderlich sein würde, die Wähler ohne jede weitere Rücksicht in gleich große Abtheilungen von 100,000 Seelen zu theilen. Es ist daher als leitender Grundsatz festgehalten worden, die Wahlkreise den vorhandenen korporativen Gestaltungen anzuschließen, dieselben also aus einem oder mehreren Kreisen, aus einzelnen Städten oder aus Verbindungen von Städten und Kreisen zu bilden. Soweit es sich, ohne von diesem Grundsatz abzuweichen, thun ließ, ist man bestrebt gewesen, der Zahl von 100,000 Seelen überall möglichst nahe zu bleiben. Endlich ist auch die Absicht mitbestimmend gewesen, die durch das Gesetz vom 27. Juli 1860 für die Wahl zum Abgeordnetenhaus gebildeten Formationen nur dann abzuändern, wenn dieses entweder zur Vermeidung exorbitanter Abweichungen von der Normal-Seelenzahl oder aus andern besonders wichtigen Gründen geboten erschien.

Folgendes geht uns zum Abdruck zu: „Die Herren Mitglieder der Fraktion „Stahl“ werden ersucht, sich am Sonntag den 29. im Herrenhause in dem gewöhnlichen Versammlungszimmer Abends 8 Uhr zu einer Vorbesprechung einzufinden.“

Wir werden um Abdruck der folgenden Notiz ersucht: Die konservativen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden hierdurch ergebenst ersucht, sich gefälligst am Sonntag den 29. v. Mts., Abends 7 Uhr, in Arnims Saal, Unter den Linden Nr. 44, zum Zwecke einer Vorbesprechung einzufinden zu wollen. Berlin, den 25. Juli 1866. — v. Denzin. Graf zu Eulenburg. Wagener.

Die „Hamb. N.“ schreiben: Seit mehreren Tagen wird eine Nachricht wiederholt, welche nicht aus der Luft gegriffen sein dürfte, nämlich daß die schleswigsche Ständeversammlung einberufen werden solle. Bestätigt sich das, so würde dadurch ohne Zweifel ein lebhafter Wunsch vieler Schleswiger erfüllt werden und wir dem endlichen Definitivum in unsern Landesverhältnissen sicherlich um einen Schritt näher rücken.

Im Hotel des Staatsministeriums fand gestern unter dem Vorsitz des Finanzministers Baron v. d. Heydt ein mehrstündiger Ministerrath statt. Vorher hatte derselbe in seiner Villa die hier eingetroffene chinesische Mission empfangen.

Der portugiesische Gesandte am hiesigen Hofe Dom Luiz de Noronha, hat eine mehrtägige Erholungsreise angetreten und sich zunächst nach Frankfurt a. M. begeben.

Das in Gersmünde errichtete preussische Marine-Depot ist nunmehr, wie das Marine-Ministerium bekannt macht, in Dienstthätigkeit getreten.

Zu den Pflegerinnen, die sich im Lazareth der Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments-Kaserne vor dem Hallschen Thore befinden, gehören auch die Gemahlin und die Tochter des Kriegsministers v. Noon.

Es sind in diesen Tagen wieder mehrere französische Aerzte hier durchgereist, um an der Behandlung der in den Lazarethen in Böhmen etc. befindlichen verwundeten Krieger Theil zu nehmen.

Die Zahl der täglich zu bestattenden Todten ist eine so außergewöhnliche, daß man auf mehreren Kirchhöfen bereits aufgehört hat, besondere Gräber zu machen. Auf dem Georgen- und Matthäi-Kirchhofe zum Beispiel hat man angefangen, lange tiefe Gräben auszuwerfen, in denen die Särge reihenweise aufgestellt und gemeinschaftlich mit Erde bedeckt werden.

(Z. C.) Die Haltung der sächsischen Landes-Kommission, der dortigen Beamten, soll preussischseits zu dem Entschluß geführt haben, die demselben bisher belassene Selbstständigkeit wesentlich zu beschränken. Der Kommandant auf Königsstein stützt sich darauf, daß zwischen Sachsen und Preußen Kriegs-Zustand existire. Preußen dürste sich daher aufgefordert finden, die Konsequenzen des Kriegs-Zustandes auch nach anderer Seite zu ziehen und vor Allem die Landes-Kassen für jede weitere Verschädigung und Beeinträchtigung des Verkehrs verantwortlich zu machen.

(Z. C.) Der Betrag der Kriegs-Steuer, welche der Stadt Frankfurt a. M. auferlegt ist, beläuft sich im Ganzen auf 25, nicht auf 31 Millionen Gulden.

Wie die „Z. C.“ versichert, ist dem Großherzog von Oldenburg ein Zuwachs an Ländergebiet zugesichert. Auch dem Herzog von Coburg-Gotha soll eine Erweiterung seines Gebietes bevorstehen.

Bei der erfolgten Uebernahme des hannoverschen Postamtes in Bremen durch den preussischen Bevollmächtigten haben die hannoverschen Beamten den Dienst versagt; es sind in Folge dessen zur Fortsetzung des Dienstes neun preussische Beamte dahin abgegangen.

**Berlin, 25. Juli.** Die „Hamb. N.“ enthalten von Berlin folgende telegraphische Mittheilung über die Friedenspräliminarien: „Die Deutschland betreffenden Stipulationen werden direkt mit den deutschen Staaten, wahrscheinlich in Berlin, festgestellt. Bis zur allseitigen Zustimmung der Beteiligten, sowie bis zur Zahlung der Kriegskosten besteht die gegenwärtige preussische Okkupation fort.“ Es wird hierdurch bestätigt, daß die preussische Regierung in den Friedensschluß mit Oesterreich keineswegs die näheren Bestimmungen über die künftige Gestaltung der deutschen Verhältnisse aufzunehmen beabsichtigt. Da Oesterreich aus dem deutschen Bunde ausscheidet, so muß es seinen bisherigen Bundesgenossen überlassen, in welcher Weise sie sich über ihre künftige Stellung mit Preußen vereinbaren wollen. Dies würde nicht nur für die im Kriege mit Preußen befreundeten Souveräne von Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau und Meiningen gelten, deren Gebiete bis zu einem definitiven Abkommen besetzt bleiben würden, sondern auch für die süddeutschen Regierungen. Die Oesterreich unter französischer Vermittelung angebotenen Präliminarien enthalten nur einen in sehr allgemeinen Umrissen gehaltenen Rahmen.

Zu der telegraphischen Nachricht aus München, nach welcher die Bemühungen des nach Wien gereisten Herrn v. d. Pfordten, auch für die Bundesarmee eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken, gescheitert sind, bemerkt die „N. N. Z.“:

Es ließ sich dies voraussehen, denn wir haben es dort nicht allein mit den einzelnen Truppenkörpern, sondern mit einer Politik zu thun, welche nicht nur die nationalen Interessen, sondern auch die Kalamität des Krieges zu dynastischen Interessen verwerthen will. Alle Bemühungen der Kabinette dieser Staaten sind fortwährend dahin gerichtet, eine Einmischung des Auslandes herbeizuführen. Ihre Gesandten drängen bei den europäischen Großmächten auf die Veranstaltung eines Kongresses, an dem sie eine Stütze für ihre partikularistischen Interessen zu finden hoffen. In dieser Erwartung möchten sie sich aber doch getäuscht sehen, denn es tritt immer klarer hervor, daß die größeren europäischen Kabinette sehr wenig Bedeutung auf das ungeschmälerte Fortbestehen dieser mittelstaatlichen Souveränitäten legen. Auch steht bei Preußen der Entschluß fest, jede Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten Deutschlands abzulehnen und dafür einzustehen, daß die deutsche Frage im Einverständnis mit dem zu berufenden Parlament gelöst werde.

Auch nach dem „Würtemb. Staatsanzeiger“ scheint die untere Neckarlinie, also das nördliche Band, von dem 8. Bundeskorps ausgegeben zu sein. Das genannte Blatt sagt zur Beruhigung der Würtemberger: „Die Aufstellung des jetzt vereinigten 7. und 8. Armeekorps ist so genommen, daß ein Vorrücken des Gros der preussischen Armee über den Neckar nicht zu erwarten ist; etwaigen Streifkorps aber sind die im Lande vorhandenen militärischen Kräfte gewachsen.“

**Erfurt, 24. Juli.** In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde von Seiten des Magistrats der Antrag eingebracht, dem Oberbürgermeister von Döberstein als Mitglied des Herrenhauses für die bevorstehende Landtagsession die üblichen Diäten zu bewilligen. Der Antrag wurde, und zwar in geheimer Sitzung, mit 17 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

**Bielefeld, 24. Juli.** Bei der gestern hier abgehaltenen Nachwahl ergab der erste Wahlgang eine Stimmengleichheit zwischen den Herren Meyer zu Selhausen und Kommerzienrath Hermann Dellus. Bei der zweiten Wahl erhielt Meyer zu Selhausen (konservativ) die Majorität.

**Köln, 24. Juli.** Herr v. Goeken, Direktor der hiesigen Strafanstalten, ist beauftragt, das Gefängnißwesen Kurhessens nach dem Muster unserer neuen Strafanstalt einzurichten, und reist auf unbestimmte Zeit dahin ab.

**Hannover, 23. Juli.** Der Abel rührt sich, um demnächst bei einer Rückkehr des Königs das Heft wieder in die erprobten Hände zu bekommen. Eine Zeit lang verhielt man sich ganz ruhig, ungewiß, welchen Gang die Dinge nehmen möchten: es fielen sogar Aeußerungen, welche annehmen ließen, daß das preußenfeindliche Botum erster Kammer, unter Billigung der Regierungspolitik am Bunde, nachträglich doch von manchem Teilnehmer heimlich möchte bereut worden sein. Man scheint sich indes von dem ersten Schrecken erholt zu haben. Graf Borries, der noch vor vierzehn Tagen meinte, eine Verständigung mit Preußen wäre doch wohl nicht so unzumuthig gewesen, mahnt heute in seinem Organe, der Nienburger „Landeszeitung“, den König auf's Dringendste von einem

Separatfrieden mit Preußen ab. Er theilt auch mit, daß eine Anzahl angesehenere Mitglieder der Ritterschaften hier getagt und eine Loyaltäts-Adresse des Adels an den König Georg beschlossen habe. Gegen die Beschlüsse der hannoverschen Versammlung vom 12. Juli schleppt der edle Graf den „stärksten Huch“ herbei. Solche Erklärungen, meint er, hätten nur unter dem Schutze preussischer Bayonnette hier zu Stande kommen können. Ueberhaupt ist die ganze diesmalige Nummer der Nienburger nichts, als eine Empfehlung des portefeuillelustigen Grafen für zukünftige Fälle. Die sinnreichen Wendungen, womit der Erminister unablässig zu verstehen giebt, daß gerade er bei den kommenden „schwierigen Zeiten“ der erste Mann sei, wirken manchmal sehr erheiternd.

**Wien, 21. Juli.** Die „Presse“, die „Neue Freie Presse“ und die „Österreichische Post“ sind heute theils wegen Leitartikeln, theils wegen Mittheilungen vom Kriegsschauplatz mit Beschlag belegt worden.

Franz Deak hat sich vorgestern und gestern hier aufgehalten und mit dem Grafen Moriz Esterhazy und dem Hofkanzler von Majlath konferirt. Es scheint jedoch nicht, daß eine Verständigung erfolgt ist; im Gegentheil soll der Hof auch jetzt noch Anstand nehmen, die Forderungen der ungarischen Nation zu bewilligen. Die Kaiserin, welche mit ihren beiden Kindern in Ofen sich befindet, hat kürzlich an den Kaiser einen Brief gerichtet, in welchem sie um die Erlaubniß nachsucht, ihren Aufenthalt in Innsbruck nehmen zu dürfen. Es scheint, daß die ungarische Aristokratie der Monarchin gegenüber eine durchaus reservirte Haltung beobachtet, sowie es denn eine Thatsache ist, daß die Damen des hohen Adels sich vom Hofe ganz zurückziehen. Der Kaiser hat indessen seine Gemahlin gebeten, in Ofen zu verbleiben, da politische Rücksichten dies nothwendig machten.

## Vom Kriegsschauplatz.

**Frankfurt a. M., 23. Juli.** Der „Wes.-Ztg.“ schreibt man: Kurze Zeit vor dem Eintritte der in ihren Folgen so gewaltigen Krise hatte Herr v. Rot schuld sein baares Geld aus der Berliner Bank zurückgezogen, und man hatte dieser Thatsache, welche man gewiß nur als ein förmliches Mißtrauensvotum gegen die preussische Bank resp. gegen den preussischen Staat für gewisse Eventualitäten wird betrachten können, in ziemlich demonstrativer Weise sowohl in der Presse, wie im hiesigen Publikum eine Deffentlichkeit gegeben, welche Banquiers ihren Handlungen sonst nicht zu geben pflegen. Wir denken nicht entfernt daran, daß diese Ungeschicklichkeit des großen Geldfürsten, oder wie man es sonst nennen mag, zu der Kontributions-Maßregel Anlaß gegeben; aber man wird es doch auch natürlich finden können, daß nach so auffallenden Mißtrauensbeweisen die Organe Preußens den Erklärungen der Zahlungsunfähigkeit nicht so unbedingtes Vertrauen schenken.

Aus dem „Nürn. Corr.“ ersehen wir endlich, daß der nahezu verschollene „Herzog Friedrich von Augustenburg“ in der That noch vorhanden ist und seine rühmliche Laufbahn vorläufig in München fortsetzt.

Aus Aischaffenburg wird der „Neuen Würzb. Ztg.“ mitgetheilt, daß auch dort die Bundesruppen den unverzeihlichen Fehler begangen hatten, sich in den Thälern herumzutreiben und die Höhen unbesetzt zu lassen, somit den Preußen die herrlichsten Positionen einräumten, von denen aus sie dem Bundesheer so zusetzten.

Unlängst wurde auf telegr. Wege gemeldet, der König von Württemberg sei nach dem Lager seiner Truppen abgegangen, um sich an die Spitze derselben zu stellen. Die Nachricht bestätigt sich in sofern, als der König, dem W. St.-Anz. zufolge, am 21. die in Tauberbischofsheim und in der Umgegend befindlichen Truppen der Felddivision befehligt hat; er ist aber in der Nacht wieder nach Stuttgart zurückgekehrt. Es scheint ihm also an der Spitze seiner Truppen doch nicht gefallen zu haben.

Aus Offenbach, 22. Juli, schreibt man dem „Fr. J.“: Gestern Abend wurde hier durch die Schelle bekannt gemacht, daß die den Okkupationstruppen von hiesiger Stadt zu leistenden Naturallieferungen dem Wenigstnehmenden übertragen werden sollen. Diese Naturallieferungen bestehen aus 8000 Maass Wein, 25 Ctr. gebranntem Kaffee, 25 Ctr. Reis, 35 Däsen, mehreren Tausend Centner Hafer und Heu.

## Kriegsschauplatz in Italien.

**Turin, 21. Juli.** Die „N. Pr. Z.“ schreibt über das Gesecht bei Storo: Nachdem am 16. d. die Oesterreicher auf dem Berge Rocca Pagana bei Storo zurückgeschlagen worden waren, wandten sie sich gegen Condino, wo die Truppen Nicotera's aufgestellt waren. Die Höhe von S. Lorenzo war nur von 2 Kompagnien Garibaldianern besetzt, welche ohne Wissen Nicotera's von einem Major, wie es heißt, in der Nacht zurückberufen worden waren. Groß war das Erstaunen Nicotera's, als er am andern Morgen die Höhen, statt mit Rothhemden, mit Kaiserjägern besetzt fand. Es lag nun Alles daran, den Feind wieder von diesen Höhen zu vertreiben, da derselbe die Verbindung zwischen den Truppen Nicotera's und denen Menotti Garibaldi's und Cortes zu durchbrechen drohte. Die Oesterreicher rückten mit starken Massen an und besetzten nach und nach diese fürchterlichen Positionen und die parallel laufende Berglinie mit nahezu 10,000 Mann. Das Feuer wurde sofort eröffnet und dauerte etwa 4 Stunden. Menotti machte die furchtbaren Anstrengungen, um die Oesterreicher aus der Kirche von S. Lorenzo, welche ein wirkliches Fort bildet, zu vertreiben, allein vergeblich, denn es war fast materiell unmöglich, sich an diesen schroff abhängenden Felsen über Abgründen von 200 bis 300 Meter Tiefe zu halten. Da die Oesterreicher sich so auf ihrer Flanke gebückt sahen, warfen sie sich auf die Truppen

